Haushaltsrede November 2026 L.E. Bürger / DIB
Sabine Onayli

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ruppaner,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dihm,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Kalbfell,
sehr geehrte Mitarbeitende in der Verwaltung,
und natürlich:
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe GemeinderatskollegInnen,
liebe VertreterInnen des Jugendgemeinderats!

Der neue Haushaltsplan ist eingebracht, und es ist leider keine Neuigkeit mehr: Die Zahlen für Leinfelden-Echterdingen können schon Angst machen. Auf 778 Seiten können wir Schwarz auf Weiß nachlesen, wofür in den kommenden beiden Jahren Geld eingeplant ist, wohl wissend, wofür kein Geld mehr da ist. Ich werde heute nicht all die Zahlen wiederholen, die bereits vielfach genannt wurden – Sie alle kennen sie oder können sie nachschlagen.

Fakt ist: Unsere Stadt steht vor tiefgreifenden Einschnitten. Verwaltung und Gemeinderat stehen vor der gewaltigen Herausforderung, an nahezu allen Stellen drastisch sparen zu müssen. Und diese Sparmaßnahmen werden wir alle im Alltag spüren. Personaleinsparungen führen zu merklichen Serviceeinschränkungen im Rathaus, und auf Familien kommen höhere Gebühren für die Kinderbetreuung zu.

Gleichzeitig bleiben wichtige Investitionen bestehen oder werden fortgeführt. Die Schwerpunkte liegen hier klar auf den Schulen, dem Hallenbad Leinfelden, dem städtischen Wohnungsbestand und der geplanten Zusammenführung der Verwaltung in einer Bestandsimmobilie.

Die zentrale Verwaltung kommt!

Eine solche zentrale Verwaltung fordert unsere Fraktion seit unserem Bestehen! Jahrelang mussten wir gegen die Verwaltungsspitze und gegen alle anderen Fraktionen ankämpfen, jahrelang wurden wir dafür belächelt. Jetzt zeigt sich: Allein mit Blick auf die Finanzen kommen wir gar nicht mehr darum herum. Eine frühere Umsetzung hätte uns verdammt viel Geld gespart! Eine moderne Verwaltung an einem einzigen Standort arbeitet deutlich kostensparender und effizienter als eine Struktur, die über die ganze Stadt verstreut ist – mit teilweise über 18 Standorten in Gebäuden, die teilweise sanierungsbedürftig oder reif für den Abriss sind.

Prioritäten setzen und Input aus der Bevölkerung

Leider müssen wir andere, seit Langem notwendige Infrastrukturprojekte und Sanierungen weiter vor uns herschieben. Das macht die einzelnen Vorhaben in Zukunft jedoch nicht billiger, sondern im Gegenteil deutlich teurer. Der Gemeinderat muss nun die schwierige Abwägung treffen, wo wir überhaupt noch Prioritäten setzen können. Klar ist schon jetzt: Längst nicht alle sinnvollen und notwendigen Projekte werden sich umsetzen lassen.

Für unsere Fraktion steht fest: Diese Entscheidungen wollen wir nicht hinter verschlossenen Türen treffen, sondern gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb suchen wir bewusst den Weg zu vielen Bürgerveranstaltungen, um direkt vor Ort die Stimmen der Einwohnerschaft aufzunehmen. Zudem bieten wir offene Fraktionssitzungen und weitere Treffen an, bei denen sich jeder niederschwellig einbringen kann, und wir haben stets ein offenes Ohr für Betroffene, Vereine und Institutionen. Dieser Input von allen Seiten ist uns enorm wichtig und wir schätzen diese wertvollen Rückmeldungen sehr.

Ohne Kredite geht es nicht

Klar ist auch: Die Finanzierung der Vorhaben für die kommenden Jahre ist ohne zusätzliche Kredite schlicht unmöglich. Allein für 2027 sind Kreditaufnahmen von 42,1 Millionen Euro vorgesehen. Hier ärgert es uns nach wie vor maßlos, dass die Mehrheit dieses Gremiums damals nicht dem Verwaltungsvorschlag zugestimmt hat, ein zukunftsfähiges Kreditpaket quasi auf Abruf zu beschließen.

Die damals angebotenen Bestkonditionen werden wir nie wieder bekommen. Wir gehen fest davon aus, dass wir diese Fehlentscheidung durch deutlich höhere Zinsen bei den Einzelkrediten am Ende sehr teuer bezahlen müssen.

Grundstückserlöse / Wohnbau / Umgang mit wertvollen Flächen / Zweckentfremdungssatzung

Die weitere Entwicklung unserer Finanzen hängt im Wesentlichen davon ab, ob geplante Grundstückserlöse und andere Einnahmen tatsächlich fließen. Hierzu wollen wir jedoch deutlich anmerken:
Wir halten unmissverständlich am Flächennutzungsplan fest und wollen keine weiteren Flächen versiegeln! Die bereits vorgesehenen Gebiete müssen so umwelt- und sozialverträglich wie nur möglich umgesetzt werden.
Das bedeutet konkret: Gebäude müssen mehrgeschossig gebaut werden und zwingend sozial geförderten Wohnraum vorsehen, je mehr desto besser.
Wir tragen uns mit dem Gedanken, die sozialen Bindungen dauerhaft festzulegen und auf die bisher übliche Begrenzung auf gewisse Zeiträume ganz zu verzichten.
Bei der Umsetzung bestehen wir darauf, dass die sozialen Aspekte nicht einfach wieder stillschweigend wegfallen – wie es in der Vergangenheit leider schon erfolgt ist. Wir brauchen zum einen die Sicherheit, dass wir uns auf das verlassen können, was wir hier beschließen. Zum anderen wollen wir kein „Elite-LE“, in dem sich künftig nur noch

Wohlhabende und Reiche eine Wohnung leisten können! Gerade junge Menschen und auch Seniorinnen und Senioren sind hier besonders auf passende Angebote angewiesen. Wenn eine solche Umsetzung aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage nicht möglich ist, dann müssen wir eben warten, bis es wieder geht. Hierzu möchten wir auch anmerken, dass es gerade in diesem Bereich Fördergelder gibt, die wir beantragen können, so wie es “Im Wäldle” hervorragend umgesetzt wurde. Auch für preisgedämpften Wohnraum ist es möglich am Ende finanziell eine positive Bilanz zu ziehen.

Wohnraum für die Jugend statt Boardinghäuser: Potenziale proaktiv nutzen

Im Übrigen sind wir der festen Meinung: Leinfelden-Echterdingen braucht nicht zwingend weitere Hotels oder gewerbliche Unterkünfte wie Boardinghäuser und Airbnb-Apartments! Wenn bebaubare oder umnutzbare Flächen im Stadtgebiet zur Verfügung stehen, muss unsere Priorität immer darauf liegen, echten Wohnraum für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für Zuziehende zu schaffen. Wir verfügen in unserer Stadt über Grundstücke, die sich für klassische Familienwohnungen zwar weniger eignen, dafür aber eine ideale Chance für junge Menschen, Auszubildende und Studierende bieten.

Ein Paradebeispiel hierfür ist das städtische Grundstück an der Hauptstraße 109 in Echterdingen. Die Lage ist schlicht perfekt geeignet: direkt am ÖPNV-Netz und nur wenige Schritte vom Ortskern mit seiner lebendigen Gastronomie entfernt. Um solche zukunftsweisenden Projekte endlich in die Tat umzusetzen, fordern wir von der Verwaltung ein proaktives Handeln. Sie muss gezielt auf potenzielle Investoren und Bauträger zugehen und ihnen geeignete Flächen von sich aus anbieten.

Wir sind fest davon überzeugt, dass es sowohl bei öffentlichen Akteuren wie dem Studierendenwerk als auch bei kirchlich-sozialen oder spezialisierten privaten Trägern ein großes Interesse an solchen Projekten gibt. Diese Partner bringen genau das nötige Fachwissen mit – auch und gerade, wenn es darum geht, spezielle Fördermittel wie das aktuelle Landesprogramm „Junges Wohnen“ optimal auszuschöpfen. Lassen Sie uns diese Chancen endlich ergreifen!

Im Gegenzug werden wir uns weiterhin vehement für die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung einsetzen. Es gibt einfach zu viel Wohnraum, der über Jahre leer steht.

Wir ärgern uns jedes Mal, wenn wir Kenntnis davon bekommen, dass wieder einmal eine Wohnung zur gewerblichen Nutzung für Airbnb und ähnliche Plattformen dauerhaft umgenutzt wird. Das ist Wohnraum, der dringend für die eigene Bevölkerung gebraucht wird! Zudem ist diese ständige Fluktuation äußerst schädlich und ein echter Sicherheitsfaktor für die übrigen Hausgemeinschaften in solchen Gebäuden.

Klimaschutz und nachhaltige Mobilität: Keine Frage des Kassenstands

Ein Thema, das uns trotz aller finanziellen Engpässe absolut unter den Nägeln brennt, ist die Klimakatastrophe. Klimaschutz und Nachhaltigkeit dürfen in LE keine Luxusthemen sein, die wir nur in guten Zeiten finanzieren! Sie müssen die Leitlinie in wirklich allen Bereichen unseres städtischen Handelns bleiben. Den eingeschlagenen Weg – von der kommunalen Wärmeplanung bis zur konsequenten Nachhaltigkeit im Bauwesen – müssen wir unbedingt und ohne Zögern weiterverfolgen, auch und gerade dann, wenn das Geld knapp ist. Wer hier spart, zahlt morgen die Zeche für die Folgeschäden!

Klimaschutz fängt oft im Kleinen an. Er kostet oft wenig Geld, entfaltet aber eine enorme Wirkung. Zudem genügen im städtischen Raum oft einfache, grüne Akzente: Mehr Blühstreifen statt Schotterflächen, Fassadenbegrünungen an städtischen Gebäuden und die Neupflanzung von so vielen Bäumen wie möglich – vor allem von großkronigen Bäumen, direkt in unseren Innenstädten, wo immer es machbar ist. Auch die Asphaltwüsten auf unseren Schulhöfen müssen endlich Bäumen weichen! Solche Maßnahmen schützen die Gesundheit unserer Kinder, ohne den Kernhaushalt zu sprengen. Lassen Sie uns kreativ werden und zeigen, dass eine nachhaltige Stadtentwicklung vor allem eine Frage des politischen Willens ist – und nicht allein des Geldbeutels!

Verkehr

Das gilt ganz besonders für die Mobilitätswende direkt vor unserer Haustür. Die gezielte Förderung des Rad- und Fußverkehrs ist für uns ein zentraler Baustein einer zukunftsfähigen Stadt. Wir fordern deshalb, dass wir das beschlossene Radverkehrsprogramm konsequent umsetzen! Gerade in Zeiten knapper Kassen wäre es unverantwortlich, hier auf die Bremse zu treten – zumal uns für den Ausbau der Rad- und Fußwege immer wieder erhebliche Fördermittel von Bund und Land zur Verfügung stehen. Diese Gelder nicht abzurufen, können wir uns schlicht nicht leisten.

Machbarkeitsprüfung für ein intelligentes Einbahnstraßensystem

Wir müssen den Tatsachen ins Auge blicken: Die Nord-Süd-Straße wird aufgrund unserer finanziellen Lage in den nächsten zehn oder mehr Jahren nicht gebaut werden. Wir bedauern dies, da wir uns von dieser Trasse eine spürbare Entlastung vor allem der Echterdinger Ortsmitte und den dringend benötigten Raum für verkehrsberuhigte Zonen auf der Hauptstraße erhofft hatten.

Doch Resignation ist keine Option. Den aktuellen Zustand einfach auszusitzen ist unzumutbar. Wenn wir den Verkehr nicht umleiten können, müssen wir ihn intelligenter lenken und besser verteilen. Wir möchten diesen Gedanken völlig neu und mutig anpacken: Als innovative, kostengünstige und hochwirksame Lösung schlagen wir ein

kreatives, bis ins Detail abgestimmtes Konzept für ein Einbahnstraßensystem in unseren Wohngebieten vor.

Wir beantragen daher, dass die Verwaltung die Machbarkeit eines solchen Systems prüft und dem Gemeinderat die Ergebnisse zur Beratung vorlegt. Wir sind uns vollkommen bewusst, dass dies ein sehr umfangreicher und komplexer Arbeitsauftrag ist. Doch die Chancen, die darin liegen, sind riesig: Mehr Lebensqualität in den Quartieren, weniger Durchgangsverkehr und sicherere Wege für alle.

Wir bitten die Verwaltung um eine erste Einschätzung zu dieser Idee und eine Rückmeldung darüber, wann und mit welchen Kapazitäten diese planerische Herausforderung – die für unsere gesamte Stadt ein absoluter Gewinn sein kann – angegangen werden kann. Lassen Sie uns gemeinsam diesen kreativen Schritt wagen!

Unsere Zukunft: Kinder und Jugend

Damit sind wir schon direkt beim Thema Kinder, Jugend und Zukunft. Investitionen in diesem Bereich lohnen sich immer! Die Prioritäten unserer Fraktion liegen ganz klar hier. Wir wollen eine gute, verlässliche Betreuung in unseren Einrichtungen und sparen hier selbstverständlich nicht am Personal – ganz abgesehen davon, dass es hier ohnehin entsprechende gesetzliche Vorgaben gibt.

Unser Jugendreferat, angesiedelt beim Stadtjugendring, ist für uns unverzichtbar. Die Zusammenarbeit läuft absolut kooperativ: Bei neuen Projekten wird nicht zuerst blind Geld bei der Stadt eingefordert. Im Gegenteil – die Mitarbeitenden machen sich zuerst Gedanken, wie sie ihre Projekte alleine oder mithilfe von Sponsoren stemmen können. Der Stadtjugendring ist die starke Stimme der Jugend und bringt deren Aspekte auf sehr kreative Art in unsere städtische Gemeinschaft ein. Das schätzen wir außerordentlich!

Dabei ist es manchmal ganz einfach und sogar völlig kostenlos, gute Bedingungen für Kinder und Jugendliche zu schaffen: Lassen Sie uns Spielplätze und Schulhöfe dauerhaft für die Kids öffnen, anstatt die Öffnungszeiten immer weiter einzuschränken! Kinder und Jugendliche sind nicht bloß ein Anhängsel, sie sind ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft. Also geben wir ihnen endlich den Raum und die Aufmerksamkeit, die sie brauchen!

Schulen: Sanierungsstau anpacken, Grundbedürfnisse sichern und im Dialog bleiben

Dass wir den Sanierungsstau an unseren Schulen entschlossen angehen, ist bereits Konsens – sowohl in der Verwaltung als auch hier im Gemeinderat. Dahinter stehen wir als Fraktion zu einhundert Prozent. Uns allen ist bewusst, dass wir angesichts der Haushaltslage nicht alles umsetzen können, was wünschenswert und im einen oder anderen Fall auch dringend notwendig wäre. Das tut weh – zumal die Frage der vermeintlich zurückgehenden Schülerzahlen für LE aus unserer Sicht bislang nicht zufriedenstellend geklärt ist.

Unabhängig von den großen Bau- und Erweiterungsprojekten gibt es jedoch akute Probleme im Schulalltag, die keinen weiteren Aufschub dulden. Für uns müssen zwingend drei Themen umgehend angegangen werden: die schulischen Toiletten, der Hitzeschutz und sichere Schulwege. Hier muss spätestens bis Ende 2027 eine tragfähige Lösung geschaffen werden!

Damit die Kommunikation zwischen allen Beteiligten reibungslos funktioniert, bitten wir darum, den Schulentwicklungsausschuss in den kommenden Jahren mindestens dreimal jährlich einzuberufen und dort regelmäßig über die Fortschritte zu berichten. Um den zeitlichen und organisatorischen Aufwand für alle gering zu halten, können diese Treffen zwischendurch gerne auch digital stattfinden. Die Erfahrung hat einfach gezeigt: Wenn alle direkt an einem Tisch sitzen, laufen die Prozesse deutlich besser und führen eher zu zufriedenstellenden Ergebnissen.

Danke hier an das herausragende Engagement unserer ElternvertreterInnen auf allen Ebenen!

Wir sagen Danke an die Mitarbeitenden der Verwaltung

Zuletzt sind uns noch einige weitere Worte des Dankes wichtig. Ihnen, liebe Frau Lock, und Ihrem gesamten Team danken wir von Herzen für die Erstellung des Haushalts für die Jahre 27 und 28. Das war eine absolute Monsteraufgabe – verbunden mit vielen Mühen und sicherlich der einen oder anderen Überstunde. Ihre Informationen und Präsentationen sind zudem in einer Form aufbereitet, die es auch Nichtfachleuten relativ einfach macht, die komplexen Dinge zu verstehen und einzuordnen. Das ist nicht selbstverständlich.

Unser grundsätzlicher Dank geht aber an wirklich alle Mitarbeitenden unserer Verwaltung, die tagtäglich in diesen schwierigen Zeiten alles tun, um nicht nur den Betrieb aufrechtzuerhalten, sondern darüber hinaus viele Ideen und Initiativen entwickeln, um Verbesserungen zu erringen und LE fit für die Zukunft zu machen. Es ist sicher oft schwer, es gefühlt allen recht zu machen: den Bürgerinnen und Bürgern, der Verwaltungsspitze, dem Gemeinderat und auch dem eigenen Team – und das oft unter erschwerten Bedingungen. Einsparungen und Stellen, die auf Eis gelegt werden, können schnell zu Überlastung, Überforderung und Resignation führen. Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich betonen, wie sehr wir Ihre Arbeit schätzen. Wir hoffen sehr, dass Sie in solchen Situationen im Haus immer die richtigen AnsprechpartnerInnen finden, um Probleme zu lösen und Situationen zu entspannen.

In diesen Dank möchte ich explizit alle einschließen, die unsere Stadtgesellschaft mittragen und bereichern. Ihr Einsatz ist nicht mit Geld aufzuwiegen. Stellvertretend möchte ich hier die Volkshochschule, die Bücherei, die Musikschule, das Team der Stadtwerke und der Filderhalle nennen, aber auch unsere tollen Vereine mit ihren Ehrenamtlichen und unsere Unternehmen, ohne die ein vielfältiges städtisches Leben überhaupt nicht möglich wäre.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die vor uns liegenden Jahre werden uns allen viel abverlangen. Doch Haushaltskonsolidierung darf kein reines Verwalten des Mangels sein – sie muss eine Chance sein, mutig Prioritäten für die Zukunft zu setzen. Lassen Sie uns diesen schwierigen Haushalt mit kühlem Kopf, aber mit sozialem und ökologischem Kompass gestalten. Sparen ja, aber nicht auf Kosten der Schwächsten und nicht auf Kosten unserer Zukunft. In diesem Sinne freuen wir uns auf die Beratungen zu unseren Anträgen.

Diese werde ich jetzt nicht vortragen, im Wesentlichen spiegeln diese die Inhalte dessen wider, was ich eben vorgetragen habe und sie können dann ja auf der Homepage der Stadt und in den letzten Amtsblatt-Ausgaben unter unserer Rubrik nachgelesen werden.

Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit

Vorschlag zur Kostendeckung unserer Anträge:
Eine sofortige Einstellung der freiwilligen Förderung für den Kreisverband DRK Esslingen spart in den kommenden Jahren rund 450.000 Euro. Diese Förderung bringt der Stadt keinen Mehrwert, sie kommt nicht bei den Ehrenamtlichen des DRK an – und streng genommen hilft sie nicht einmal dem Kreisverband selbst.
Es profitiert faktisch die DRK Rettungsdienst Esslingen-Nürtingen gGmbH, die die Räumlichkeiten der Rettungswache kostenfrei nutzt. Laut Jahresabschluss 2024 handelt es sich hierbei um ein finanzstarkes Unternehmen mit durchschnittlich 301 hauptamtlichen Beschäftigten, einem Jahresüberschuss von 660.000 Euro sowie einem Gesamtvermögen von 11.959.000 Euro zum Stichtag 31.12.2024.

Anträge:

1. LE soll grüner werden: Systematisches Begrünungskonzept

Wir beantragen, dass die Verwaltung ein Konzept vorlegt, mit dem die weitere Begrünung unserer Stadtteile systematisch vorangetrieben wird. Dabei ist insbesondere zu prüfen, an welchen geeigneten Standorten zusätzliche Bäume, Grün- und Naturflächen geschaffen werden können. Unser Ziel ist es, die vorhandenen Freiräume konsequent zu nutzen und Leinfelden-Echterdingen Schritt für Schritt grüner, klimaresilienter und lebenswerter zu gestalten. Bei Neupflanzungen fordern wir – wo die örtlichen Gegebenheiten dies zulassen – insbesondere großkronige und hochwachsende Bäume zu pflanzen, die langfristig einen größtmöglichen Beitrag zu Beschattung, Kühlung, Luftqualität und Artenvielfalt leisten.

2. U5-Verlängerung: Baumbestand erhalten und Alternativen prüfen

Wir beantragen, dass die Verwaltung dem Gemeinderat zeitnah den aktuellen Sachstand zur geplanten Verlängerung der U5 darlegt und eine fundierte Einschätzung abgibt, wie das Projekt voraussichtlich weiterverfolgt wird. Dabei soll dezidiert aufgezeigt werden:
Welche Möglichkeiten bestehen, den vorhandenen Baumbestand entlang der geplanten Trasse weitestgehend zu erhalten.
Welche Möglichkeiten einer fachgerechten Verpflanzung bestehender, insbesondere wertvoller und großer Bäume bestehen.
Welche Maßnahmen bereits heute ergriffen werden können, um unvermeidbare Baumverluste durch umfassende Neupflanzungen auszugleichen.
Ob eine eingleisige Ausführung der Trasse im Teilbereich zwischen Gymnasium und Hinterhof grundsätzlich nochmals geprüft werden kann.

Wir halten es für unerlässlich, bereits in dieser frühen Phase alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den Eingriff in die Natur so gering wie möglich zu halten.

3. Machbarkeitsprüfung für ein intelligentes Einbahnstraßensystem

Da der Bau der Nord-Süd-Straße aus finanziellen Gründen für die nächsten zehn oder mehr Jahre ausfällt, ist eine Entlastung vor allem der Echterdinger Ortsmitte und der Hauptstraße auf diesem Weg vorerst nicht zu realisieren. Ein einfaches Belassen des aktuellen Zustands ist für die Bevölkerung jedoch unzumutbar. Um den Verkehr auf der Echterdinger Hauptstraße zu reduzieren und intelligenter zu lenken, müssen kostengünstige, kreative Alternativen geprüft werden.

Wir beantragen daher, dass die Verwaltung die planerische und verkehrstechnische Machbarkeit eines detailliert abgestimmten Einbahnstraßensystems für die Wohngebiete Echterdingens, ggf. auch Leinfeldens prüft und dem Gemeinderat die Ergebnisse zur Beratung vorliegt. Zudem bitten wir um eine Einschätzung, mit welchen personellen Kapazitäten und in welchem Zeithorizont diese Aufgabe angegangen werden kann.

4. Hitzeschutzkonzept für Schulen, Kinderbetreuungen und öffentliche Gebäude

Wir unterstützen ausdrücklich den Vorstoß des Jugendgemeinderats, unsere Schulen fit für sommerliche Extremtemperaturen zu machen. Wir beantragen, diesen Antrag auf alle Einrichtungen der Kinderbetreuung sowie sämtliche öffentlichen Gebäude im Stadtgebiet auszuweiten.

Der aktuelle Ansatz der Verwaltung, auf pragmatische Lösungen zu setzen, jede Einrichtung individuell zu prüfen und machbare Sofortmaßnahmen zu eruieren, ist derzeit der einzig richtige Weg. Sobald sich jedoch wieder größere finanzielle Spielräume eröffnen, ist die Umsetzung eines umfassenden Hitzeschutzkonzeptes, das möglicherweise auch größere bauliche Maßnahmen

vorsieht, unumgänglich. Dabei müssen der Gesundheits- und Aufenthaltsschutz für Kinder und Jugendliche ebenso berücksichtigt werden wie die Anforderungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für die Beschäftigten. Ziel muss ein sicherer und erträglicher Aufenthalt in allen öffentlichen Liegenschaften sein.

5. Zweckentfremdung von Wohnraum konsequent verhindern

Wir beantragen einen Bericht der Verwaltung zum aktuellen Arbeitsstand bezüglich der Einführung einer Zweckentfremdungssatzung. Hierbei soll insbesondere geprüft werden, ob und wie die im Zusammenhang mit der Erhebung der Bettensteuer gewonnenen Daten genutzt werden können, um die Zweckentfremdung von Wohnraum konsequenter zu erfassen und zu unterbinden.

Darüber hinaus ist aufzuzeigen, welche rechtlichen und praktischen Möglichkeiten bestehen ggf. auch ohne Zweckentfremdungssatzung die Umwandlung von dauerhaft benötigtem Wohnraum in Ferienwohnungen, Airbnb-Unterkünfte oder andere gewerblich genutzte Beherbergungsangebote wirksam einzuschränken. Unser Ziel bleibt es, wertvollen Wohnraum dauerhaft dem regulären Wohnungsmarkt zu erhalten.

6. Kostengünstiger Wohnraum für junge Menschen

Wir beantragen, dass die Verwaltung ein Konzept zur Realisierung von kostengünstigem Wohnraum für Auszubildende, Studierende und junge Menschen im Stadtgebiet einleitet. Hierzu haben wir aktuell das Grundstück in der Hauptstraße 109 als Pilotprojekt im Blick. Die systematische Prüfung weiterer städtischer sowie privater Grundstücke, die sich für dieses Wohnsegment eignen, soll folgen. Bei privaten Flächen soll die Verwaltung aktiv auf die EigentümerInnen zugehen, um Kooperationen oder Konzeptverkäufe anzubahnen. Wir fordern eine proaktive Ansprache von öffentlichen (z. B. Studierendenwerk), kirchlich-sozialen oder spezialisierten privaten Trägern unter Ausschöpfung von Fördermitteln wie dem Landesprogramm „Junges Wohnen“.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat in regelmäßigen Abständen über den aktuellen Stand und die Bemühungen zu berichten.

7. Verbindliche Sicherheitskonzepte für Schulen

Wir beantragen, dass der Gemeinderat eng und fortlaufend in die Ergebnisse und Fortschritte bei der Behebung der Mängel an den schulischen Sicherheitskonzepten eingebunden wird. Wir anerkennen, dass die Verwaltung hier bereits unter Hochdruck arbeitet – fordern jedoch eine fortlaufende, transparente und zeitnahe Berichterstattung über den aktuellen Umsetzungsstand im Gremium.

8. Neuer Markt: Zukunft der Räume des „Lucky's“

Wir bitten die Verwaltung um eine fundierte Darlegung, wie sich die Bewirtschaftung des „Lucky's“ am Neuen Markt entwickelt hat und wie der Fortbestand des Betriebs langfristig eingeschätzt wird.

Unabhängig davon halten wir an unserem strategischen Vorschlag fest, diese Räumlichkeiten perspektivisch für einen stadteigenen, offenen Treffpunkt für die Bürgerschaft und die örtlichen Vereine umzuwidmen. Denkbar ist ein lebendiger Ort der Begegnung und des gesellschaftlichen Austauschs, der gemeinsam durch die Volkshochschule, den Treff Impuls, die Bücherei und bürgerschaftliche Initiativen bespielt wird.

9. Sofortige Lösung für die Toilette am Bahnhof Leinfelden

Wir sind fassungslos über den anhaltenden Stillstand an diesem stark frequentierten Verkehrsknotenpunkt. Eine angemessene, barrierefreie öffentliche Toilette gehört zur absoluten Basisinfrastruktur. Wir beantragen daher eine detaillierte Begründung der Verwaltung, warum hier trotz mehrfacher Nachfragen bislang kein Fortschritt erzielt wurde.

Gleichzeitig beantragen wir, dem Gemeinderat schnellstmöglich eine pragmatische, konkrete, akzeptable und vor allem kurzfristig umsetzbare Lösung zur Beschlussfassung vorzulegen. Sollte hierfür eine politische Richtungsentscheidung des Gremiums erforderlich sein, bitten wir darum, diese unverzüglich auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen.

10. Priorisierung von Toilettensanierung, Hitzeschutz und Schulwegen

Wir beantragen, dass die Themen „Schultoiletten“, „Hitzeschutz an Schulen“ sowie „Schulwegempfehlungen“ von der Verwaltung vorrangig behandelt werden:
Hitzeschutz: Wir erwarten kurzfristige und pragmatische Lösungen, die bereits im Sommer 2027 spürbar greifen. Mit reiner Gebäudeverschattung allein werden wir hier aus unserer Sicht nicht auskommen.
Toiletten: Die unhaltbare Toilettenproblematik an manchen Schulen muss bis Ende 2027 gelöst sein. Wir bitten die Verwaltung, dem Gremium hierzu schnellstmöglich konkrete Umsetzungsvorschläge vorzulegen.

11. Schulentwicklungsausschuss

Damit die Kommunikation zwischen allen Beteiligten reibungslos funktioniert, bitten wir darum, den Schulentwicklungsausschuss in den kommenden Jahren mindestens dreimal jährlich einzuberufen und dort regelmäßig über die Fortschritte zu berichten. Um den zeitlichen und organisatorischen Aufwand für alle gering zu halten, können diese Treffen zwischendurch gerne auch digital stattfinden. Die

Erfahrung hat einfach gezeigt: Wenn alle direkt an einem Tisch sitzen, laufen die Prozesse deutlich besser und führen eher zu zufriedenstellenden Ergebnissen.

12. Zukunftssicherung der vhs

Wir beantragen, dass die Verwaltung dem Gemeinderat einen konkreten Vorschlag unterbreitet, wie im ersten Quartal 2027 ein tragfähiger Konsens erarbeitet werden kann, der die Zukunft der Volkshochschule (vhs) Leinfelden-Echterdingen nachhaltig sicherstellt.
Begründung: Es ist offenkundig, dass sowohl die aktuelle Raumsituation als auch die notwendige Personalabdeckung der vhs auf sehr wackeligen Füßen stehen. Sowohl die Volkshochschule selbst als auch der Gemeinderat und die Bürgerschaft brauchen dringend Klarheit und verlässliche Planungssicherheit darüber, wie der Betrieb und das Bildungsangebot in den kommenden Jahren strukturell, räumlich und personell gesichert werden können.

13. Parkraumkonzept: Maßvolle Anpassung der Parkgebühren

Seit der Einführung des Parkraumkonzepts in Leinfelden und Echterdingen hat sich die Belastung durch sogenannte Flughafenparker spürbar entspannt. Die aktuelle Jahresgebühr für das Anwohnerparken bewegt sich jedoch im Vergleich zu anderen Kommunen auf einem sehr niedrigen Niveau.
Wir beantragen daher, dass die Verwaltung – auch unter Berücksichtigung der Gebührenstruktur in unseren Nachbarstädten – einen Vorschlag erarbeitet, wie die Gebühren für das Bewohnerparken maßvoll und sozialverträglich angepasst werden können, um zusätzliche Einnahmen zur Entlastung des Haushalts zu generieren.

14. Verkehrssicherheit: Eindeutige Markierung von Park- und Sperrflächen an Kreuzungen

Immer wieder müssen wir feststellen, dass insbesondere in unseren Wohngebieten deutlich über die gesetzlich zulässigen Grenzen hinaus in die Einmündungs- und Kreuzungsbereiche hineingeparkt wird. Dies führt regelmäßig zu massiven Sichtbehinderungen, Unübersichtlichkeit und gefährlichen Verkehrssituationen – vor allem für Kinder, Zufußgehende und Radfahrende.
Wir beantragen daher, die regulären Parkbereiche sowie insbesondere die freizuhaltenden Fünf-Meter-Bereiche vor Kreuzungen und Einmündungen an neuralgischen Punkten durch eindeutige Straßenmarkierungen (z. B. Grenzmarkierungen/Zickzacklinien) klar sichtbar zu machen, um die Verkehrssicherheit nachhaltig zu erhöhen.

15. Zukunft des Gasnetzes: Strategische Perspektive und Transformationsplan

Wir beantragen, dass die Verwaltung gemeinsam mit den Stadtwerken dem Gemeinderat darlegt, wie das strategische Gaskonzept für die Zukunft von Leinfelden-Echterdingen aussieht. Dabei soll insbesondere auf folgende Fragestellungen eingegangen werden:
Wie lange wird eine leitungsgebundene Energieversorgung mit Erdgas im Stadtgebiet voraussichtlich noch aufrechterhalten?
Wie schätzen Verwaltung und Stadtwerke die mittelfristige Entwicklung (u. a. hinsichtlich Netzentgelten, Rückbau oder möglicher Umstellung auf klimaneutrale Gase) für L.E. ein?
Welche konkreten planerischen, finanziellen und kommunikativen Maßnahmen kann bzw. muss die Stadt im Zuge der kommunalen Wärmeplanung diesbezüglich ergreifen, um Bürgerinnen und Bürgern verlässliche Planungssicherheit zu geben?